

**Beratung des Zwischenberichts des Untersuchungsausschusses 6/2
„Aktenlager Immelborn“**

Zum Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses 6/2 „Aktenlager Immelborn“ -
Drucksache 6/4641

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende, sehr geehrter Herr Dr. Hasse!

(Beifall DIE LINKE)

Wir beraten heute ein Thema, welches ich als Obmann der Fraktion Die Linke im Untersuchungsausschuss 6/2 „Aktenlager Immelborn“ mit begleiten durfte. Zur Sache wurde schon hinreichend durch die Vorsitzende und meine Vorredner eingeführt. Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zum Redner der CDU, Herrn Scherer, und zum Redner der AfD.

Herr Scherer, Sie haben in keiner Weise dargestellt, dass die Beweiswertung, die der Zwischenbericht vorgenommen hat, die vorläufige Beweiswertung, unzulässig sei. Sie haben Randnummern zitiert – 999, 1002, 1020 – und dort die Fragen aufgeworfen, ob das denn richtig sei und zu Recht sei, dass man diese Fakten, die dargestellt worden sind, wieder aufführt, mit dem Hinweis, dass weitere Untersuchungen noch anstehen. Ich denke schon, dass das für die Beweiswertung zulässig ist, und da kann man sich trefflich darüber streiten, ob das eine Frage der Systematik ist, aber eine unzulässige Beweiswertung stellt dies aus meiner Sicht nicht dar.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn Sie darstellen, dass einzelne Tatsachen noch nicht festgestellt worden sind, ist das ja richtig. Das hat aber sofort zum Inhalt, dass eben auch Tatsachen festgestellt worden sind, die der Untersuchungsausschuss bis dato in seinem Arbeitsgegenstand hatte. Ich komme darauf noch zurück.

Bevor ich zu diesem Thema noch einmal reflektiere, was das Thema „Amtshilfe“ betrifft, also Amtshilfe im Sinne verwaltungsrechtlicher Normen, möchte ich noch einmal einige Zitate aus meinen eigenen Pressemeldungen der letzten Jahre in die Erinnerung der Abgeordneten zurückholen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Das war einer deiner Besten!)

Am 11.04.2016 lautete der Tenor meiner Pressemitteilung – Zitat –: „Der von der CDU mit der Zielstellung der Diskreditierung bzw. Vorführung des Datenschutzbeauftragten Herrn Dr. Hasse beantragte Untersuchungsausschuss erweist sich als Bumerang für die Union. Offenkundig ist nach der heutigen Vernehmung des ehemaligen Staatssekretärs Rieder, dass aus politischen Gründen die durch den damaligen Polizeipräsidenten Bischler zugesagte Amtshilfe zur Beräumung des Aktenlagers versagt wurde.“ Zitatende.
Präsident Carius:

Herr Kräuter, Eigenzitate bedürfen keiner Genehmigung durch den Präsidenten.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sicher ist sicher! Sicher ist sicher!)

Abgeordneter Kräuter, DIE LINKE:

Und auch eineinhalb Jahre später nach diversen Beweisaufnahmen lautete meine Pressemitteilung, Zitat anfang – Herr Präsident? Danke schön –:

(Beifall und Heiterkeit DIE LINKE)

„Zwei Jahre umfängliche Beweisaufnahme haben die Vorwürfe der CDU, der Datenschutzbeauftragte Hasse habe den Aktenskandal wahlkampfpolitisch missbraucht, um der CDU zu schaden, als heiße Luft entlarvt. Im Gegenteil. Im Zuge der Beweisaufnahme seien Anhaltspunkte dafür gefunden worden, dass durch das damalige CDU-geführte Innenministerium die Aufräumarbeiten durch die verweigerte Amtshilfe mutwillig hintertrieben wurden. Offenbar waren da einigen handelnden Personen im Innenministerium ihre privaten kleinen Rachefeldzüge gegen den oft unbequemen Datenschutzbeauftragten wichtiger, als die dringend erforderliche Sicherung sensibler Daten von Thüringer Bürgerinnen und Bürgern.“

Sehr geehrte Damen und Herren, die Beweisaufnahme zum Komplex der Amtshilfe bei der Sichtung und Beräumung des Aktenlagers durch den Untersuchungsausschuss ist noch nicht abgeschlossen. Insbesondere hinsichtlich der rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Thüringer Innenministerium und dem TLfDI im Vorfeld der Klageerhebung wurde die Beweisaufnahme bislang nur zu Einzelfragen durchgeführt. Eine systematische und umfassende Einführung vor allem der aktenmäßig vorliegenden Beweisstücke steht noch aus. Trotzdem können im Untersuchungsausschuss zu Teilen schon Feststellungen getroffen werden, die auf umfänglichen Beweisaufnahmen fußen. Eine wesentliche Feststellung besteht darin, dass Herr Dr. Hasse eben nicht die Klage aus politisch motivierten Gründen gegen das heutige Ministerium für Inneres und Kommunales geführt hat. Die Klageerhebung liegt vielmehr der Rechtssystematik des Verwaltungsverfahrensgesetzes zugrunde.

(Beifall DIE LINKE)

Eine solche Klage kann nämlich erhoben werden, wenn das Ersuchen um Amtshilfe abschlägig beschieden wurde. Demgemäß steht für den Ausschuss fest, dass durch den TLfDI bereits direkt nach der Entdeckung im Sommer 2013 Hilfe bei Sichtung und Beräumung des Aktenbestands durch die Polizei erbeten wurde, die sich jedoch nach eigentlicher Zusage durch die LPD unter maßgeblicher Mitwirkung des TIM, vorrangig in Person des damaligen Staatssekretärs im TIM, Herrn Rieder, schon im September 2013 versagt wurde. Das geschah, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einem Zeitpunkt, als die eigentlich befassende Landespolizeidirektion das Ministerium noch gar nicht in die Entscheidung eingebunden hatte. Im Ergebnis der hierzu geführten Beweisaufnahme hat sich beim Untersuchungsausschuss der Eindruck verfestigt, dass bei dieser Entscheidung nicht nur sachliche Erwägungen zum Tragen gekommen sind. In der Tiefe wird sich der Ausschuss mit dem Umstand zu beschäftigen haben, warum der damalige Polizeipräsident, ein Behördenleiter, das an die Behörde gerichtete Amtshilfeersuchen nicht selbst entschieden hat. Es stellt sich die Frage, warum überhaupt

das damalige Innenministerium als die der Landespolizeidirektion als der Behörde vorgesetzte Behörde in der Sache entschieden hat, obwohl diese überhaupt nicht entscheidungsbefugt war. Dazu hilft ein Blick in das Verwaltungsverfahrensgesetz und Lex specialis in das Polizeiaufgabengesetz, welches in der kommentierten Ausgabe vorliegt. Zum Behördenbegriff: Unstrittig dürfte sein, dass es sich bei der Landespolizeidirektion um eine Behörde im Sinne des Behördenbegriffs handelt. Richtigerweise wurde der Schriftsatz des Behördenleiters des TLfDI an den Behördenleiter der Landespolizeidirektion adressiert. War denn dieser Schriftsatz überhaupt notwendig? Wenden wir uns dem Begriff der Amtshilfe nach § 4 Verwaltungsverfahrensgesetz zu, müssen wir den Befund erheben, dass jede Behörde einer anderen Behörde ergänzende Hilfe leistet (Amtshilfe). Damit trägt dieser Befund dem verfassungsrechtlichen Grundsatz zu Artikel 35 Grundgesetz Rechnung, in dem die Leistungspflichten für Behörden miteinander verbunden werden.

Wie war denn nun das Ersuchen von Dr. Hasse gestellt? Der Zwischenbericht erhebt den leisen Zweifel, dass, soweit ersichtlich, der TLfDI die Anforderung bezüglich der begehrten Amtshilfe vor Klageerhebung nicht schriftlich konkretisiert hat. Die Kommentierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes gibt es dazu, dazu Randziffer 15 § 4 Verwaltungsverfahrensgesetz – Herr, Präsident, ich zitiere: „Für die Hilfeersuchenden ist keine bestimmte Form vorgeschrieben, sodass es sowohl mündlich, fernmündlich, mittels elektronischer Kommunikation (§ 3 a) als auch schriftlich erfolgen kann. Häufig wird die Schriftform zweckmäßig sein.“ Randziffer 16 – Herr Präsident, ich zitiere –:

Präsident Carius:

Sie kriegen jetzt eine Gesamtgenehmigung.

Abgeordneter Kräuter, DIE LINKE:

Danke schön.

(Heiterkeit DIE LINKE)

„Nach seinem Inhalt muss das Ersuchen darüber Aufschluss geben, welche Hilfeleistung verlangt, welchem Zweck diese dient und warum die ersuchende Behörde auf sie angewiesen ist.“ Im Laufe der Untersuchung war die Frage zu klären, ob denn das Amtshilfeersuchen überhaupt zulässig war. Dazu hat sich der Ausschuss drei Gutachten bedienen müssen, um diese Frage aufzuhellen. Fest steht allerdings übereinstimmend, dass das herrenlose Aktenlager einen Verstoß in eine das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen schützende Regelung des Datenschutzes darstellt und bekundet daher bereits eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Das wusste die Polizei, das wussten im Übrigen ganz viele andere Behörden, wie meine Kollegin Henfling das bereits ausgeführt hat, vor der Entdeckung auch.

Jetzt kommt ein Behördenleiter daher und tut und macht, um diesen Zustand, dem Verstoß gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen zu begegnen. Aber statt das zu honorieren, nahm das die CDU zum Anlass, um Herrn Dr. Hasse zu diffamieren, sein Handeln als politisch motiviert zu unterstellen und diesen Menschen persönlich zu beschädigen. Ich finde dieses Verhalten schäbig.

(Beifall DIE LINKE)

Die komplizierten Rechtsfragen in diesem Verfahren zu beleuchten, kann man ja aus rein

fachlicher Sicht für künftig gelagerte Fälle tun. Dafür einen Untersuchungsausschuss mit den Minderheitenrechten eines Parlaments zu nutzen, ist der falsche Weg und der klägliche Versuch, engagiertes Handeln zu diskreditieren.

Das Amtshilfeersuchen des TLfDI vom 10. September 2013 an die LPD richtete sich an den richtigen Adressaten und war rechtlich zulässig und inhaltlich begründet. Das TIM war seinerzeit nicht befugt, der Entscheidung durch die ersuchende Behörde vorzugreifen. Das Amtshilfeersuchen des TLfDI war aufgrund der Adressierung der Bereitschaftspolizei eigentlich an diese zu richten. Die Adressierung an die Landespolizeidirektion ist jedoch unschädlich, weil die Bereitschaftspolizei dieser nachgeordnet ist und der LPD die Wahrnehmung aller polizeilichen Aufgaben außerhalb des Aufgabenbereichs des Landeskriminalamts obliegt.

Die einer Entscheidung der LPD vorgreifende Festlegung auf die Ablehnung der Amtshilfe durch den Staatssekretär des TIM im Rahmen der Sitzung des Innenausschusses des 5. Thüringer Landtags am 13. September 2013 war unzulässig und widerspricht sowohl den Regelungen des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes zur Amtshilfe als auch den Grundsätzen der Fachaufsicht. Die Vorwegnahme der Entscheidung durch den Innenstaatssekretär Rieder im Rahmen der Innenausschusssitzung stellt einen unzulässigen Eingriff in die freie Ermessensausübung der Landespolizeidirektion dar.

(Beifall SPD)

Wenn man sich nun mit den möglichen Ablehnungsgründen beschäftigt, kommt man zu dem Ergebnis, dass diese tatsächlich nicht vorlagen. Es war nie beabsichtigt, dass die Polizei Akten sortieren soll, sondern es ging lediglich um Beräumung. Unter diesem Blickwinkel Gründe für die Versagung der Amtshilfe durch die Thüringer Polizei darauf zu begründen, dass die Polizei in Rechte Dritter durch die Einsicht in deren Akten eingreifen sollte, stand schlicht und einfach niemals zur Debatte. Demzufolge lag ein solcher Ablehnungsgrund auch nicht vor.

Jetzt steht immer wieder im Raum, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Dr. Hasse hätte sich privater Dritter bedienen können und deshalb war die Amtshilfe abzulehnen. Dazu hilft ein Blick in das Gesetz. Liegen Gründe nach § 5 Abs. 3 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz vor, liegt es im Ermessen der ersuchenden Behörde, die Gewährung der Amtshilfe abzulehnen. Hinsichtlich des Amtshilfeersuchens des TLfDI können Ablehnungsgründe gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 1 und Nr. 2 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz bestehen. Diese sind abschließend: Wenn durch eine andere Behörde die Hilfe wesentlich einfacher oder mit wesentlich geringerem Aufwand geleistet werden könnte, die Behörde die Amtshilfe nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand leisten könnte, sie unter Berücksichtigung der Aufgaben der ersuchenden Behörde durch die Hilfeleistung die Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben ernstlich gefährden würde.

Zu den Varianten zu dem derzeitigen Stand der Beweisaufnahme kann zwar keine endgültige Aussage getroffen werden, die Ablehnung kann jedoch nicht – wie uns gegenüber durch mehrere Zeugen aus dem Bereich des Innenministeriums immer wieder dargestellt – mit dem Verweis auf den Einsatz Privater abgelehnt werden. Die Aufzählung von Ablehnungsgründen in § 5 Abs. 3 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz ist abschließend und sieht diese Möglichkeit eben nicht vor. Im Gegenteil liegt der Amtshilfe der Gedanke zugrunde, gerade die jenseits der Behörde liegende Verwaltungskraft in den Dienst der Aufgabenerfüllung zu stellen, die Einheit der Staatsgewalt hinterher zu stellen und vorhandene staatliche Sach- und Personalressourcen auszuschöpfen.

Die Ablehnung kann schon gar nicht auf die ernstliche Gefährdung der Erfüllung eigener Aufgaben gestützt werden. Es ging, wie gesagt, um zehn Beamte für eine Woche. In diesem Zusammenhang die ernstliche Gefährdung der Erfüllung eigener Aufgaben anzudenken, ruft gerade die Überlegung hervor, diese Überlegung der Lächerlichkeit preiszugeben.

Die bisherige Beweisaufnahme kam zum Ergebnis, dass gerade eben nicht die Erfüllung der eigenen Aufgaben der Polizei von zehn Beamten abhängt, die für eine Woche gerade einmal eine andere Aufgabe im Rahmen einer Amtshilfe erledigen. Dass Amtshilfe nötig gewesen wäre und bei konstruktivem Verhalten des Innenministeriums auch der Streit um den Datenschutzbeauftragten aufzulösen war, hat die Beweisaufnahme des Ausschusses im Klageverfahren deutlich werden lassen.

Mit der Übernahme des Innenministeriums durch die SPD war es nicht nur möglich, eine Beendigung des Klageverfahrens zu erreichen, sondern auch innerhalb des Ministeriums fachliche Vorschläge zu erarbeiten, die eine Amtshilfe für den Datenschutzbeauftragten in Aussicht stellten. Die gleichen Beamten, die zuvor kategorisch eine Amtshilfe ausgeschlossen hatten, waren auf einmal in der Lage, konstruktive Vorschläge zu erarbeiten, die eine Amtshilfe durch zehn Polizisten für zehn Tage ohne Weiteres möglich erschienen ließen. Einzig der Umstand der zwischenzeitlichen Beräumung führte dazu, dass es nicht mehr zu einer Umsetzung kam.

Ich habe mich auch mit der Rolle des Polizeipräsidenten Winfried Bischler in diesem Verfahren beschäftigt. Er als Behördenleiter hat nicht eingegriffen, als ihm der Staatssekretär Rieder als Behördenleiter unzulässigerweise die Entscheidung sozusagen abgenommen hat. Er hat gegen dieses unzulässige Verhalten des Staatssekretärs diesen nicht in der Form beraten, wie es die Grundsätze des Berufsbeamtentums und daraus folgend des Beamtenstatusgesetzes vorsehen. In § 36 – Verantwortung für die Rechtmäßigkeit – heißt es dazu: „(1) Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung. (2) Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich auf dem Dienstweg geltend zu machen. Wird die Anordnung aufrechterhalten, haben sie sich, wenn die Bedenken fortbestehen, an die nächst höhere Vorgesetzte oder den nächst höheren Vorgesetzten zu wenden. Wird die Anordnung bestätigt, müssen die Beamtinnen und Beamten sie ausführen und sind von der eigenen Verantwortung befreit. Dies gilt nicht, wenn das aufgetragene Verhalten die Würde des Menschen verletzt oder strafbar oder ordnungswidrig ist und die Strafbarkeit oder Ordnungswidrigkeit für die Beamtinnen oder Beamten erkennbar ist. Die Bestätigung hat auf Verlangen schriftlich zu erfolgen.“

Ich konnte Ihnen am Beispiel der Feststellungen des UA 6/2 darstellen, dass ein wesentlicher Baustein des Berufsbeamtentums, die Wahrnehmung der Beratungspflicht der einem Vorgesetzten nachgeordneten Beamten, in Teilen der Thüringer Landespolizei versagt. Wenn es auf der einen Seite darum geht, Entscheidungen nach Sach- und Rechtslage zu treffen, und auf der anderen Seite Entscheider vor dieser Entscheidung zurückschrecken, weil ein Vorgesetzter bereits eine andere sachwidrige und auch gegebenenfalls rechtswidrige Entscheidung getroffen hat. Diesen Befund, meine sehr geehrten Damen und Herren, zieht sich systematisch durch mehrere Untersuchungsausschüsse des Thüringer Landtags. Dabei bin ich zum einen nicht nur erstaunt, wie Thüringer Polizeibeamte ihr Aussageverhalten vor Untersuchungsausschüssen gestalten, es macht mich nicht nur traurig, sondern hochgradig auch nachdenklich. Meine Bemerkung möchte ich mit einem Zitat aus dem

Wertungsteil des Zwischenberichts stützen, der deutlich macht, warum die Fraktion der CDU eine solche Angst vor dem Wertungsteil hatte und alles versucht hat, diesen zu verhindern. Zitat Anfang: „[D]as maßgebliche Motiv der Entscheidung, die Amtshilfe zu versagen, war nicht gegen den erklärten Willen des Staatssekretärs zu handeln. Dies findet seine Bestätigung in der Aussage des Zeugen Bischler, bisher selten erlebt zu haben, dass eine Entscheidung eines Staatssekretärs durch einen Behördenleiter einer nachgeordneten Behörde aufgehoben wird. Dass der Zeuge die Fragestellung nicht direkt beantwortete, erklärt sich aus Sicht des Ausschusses mit dessen offenkundig hohen Loyalität gegenüber seinem Dienstherrn.“ Welcher Partei dieser Staatssekretär angehörte, dürften die meisten hier im Haus noch erinnern. Für alle noch einmal ausdrücklich: Herr Rieder war Mitglied der CDU.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Hört, hört!)

Zum Abschluss ist es, denke ich mal, nicht vermessen, Ihnen, Herr Dr. Hasse, zu danken, dass Sie sich eingesetzt haben und weiter einsetzen für die informationellen Selbstbestimmungsrechte jedes Einzelnen. Dafür danken wir Ihnen recht herzlich. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)